Der Backlash gegen Nachhaltigkeits-transformationen: Auswirkungen, Strategien und die Rolle der Forschung

Ein Diskussionsbeitrag im Nachgang der RIFS-Konferenz „Tough Conversations in Tough Times“

Autor:innen
Dr. Julia Plessing
Dr. Germán Bersalli
Dr. Franziska Mey

RIFS Discussion Paper
Potsdam
Oktober 2026

Zusammenfassung

Geopolitische Instabilität, wirtschaftlicher Druck und der Aufstieg der extremen Rechten gefährden Nachhaltigkeitstransformationen zunehmend. Das vorliegende Diskussionspapier zeigt, dass der Backlash gegen Nachhaltigkeitstransformationen eng mit Fragen von Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Polarisierung und rechtsextremer Mobilisierung verwoben ist und im Kontext einer Erosion demokratischer Werte und Institutionen verstanden werden muss. Gleichzeitig gefährdet der Backlash durch schwindende Wissenschaftsfreiheit, Mittelkürzungen und Forderungen nach einer vermeintlichen Neutralität auch die Bedingungen der transformativen Nachhaltigkeitsforschung. Die Autor:innen plädieren für eine Forschungsagenda, die sich kritisch mit den sehr dynamischen Herausforderungen des Backlashs auseinandersetzt. Ebenso sollten Forschende und transformative Forschungseinrichtungen ihre Rolle kritisch reflektieren, Allianzen über unterschiedliche Sektoren hinweg bilden und ihr Engagement für sozial-ökologische Nachhaltigkeit und Wissenschaftsfreiheit verteidigen.

Summary

This discussion paper examines the growing backlash against sustainability transformations amid geopolitical instability, economic pressures, and the rise of the far right. It argues that this backlash is closely intertwined with questions of (in)justice, societal polarization, and far-right mobilization, and must be understood in the context of a broader erosion of democratic values and institutions. At the same time, sustainability-oriented and transformative research is itself coming under increasing pressure from funding cuts, shifting research agendas, and calls for greater ‘neutrality’. Backlash is therefore not only a subject of research but also an increasingly challenging condition in which such research is conducted. The authors call for a research agenda that critically engages with the rapidly evolving challenges posed by the backlash. In addition, they urge researchers and research institutions to critically reflect on their roles, defend academic freedom, build strong cross-sectoral alliances and maintain their commitment to sustainability transformations.

RIFS Discussion Paper
Oktober 2026

Inhaltsverzeichnis

1 EINLEITUNG	**4**
2 BACKLASH IM SPANNUNGSFELD VON GERECHTIGKEITSKONFLIKTEN UND GESELLSCHAFTLICHER POLARISIERUNG	**5**
2.1 Vielfältige Formen und Treiber des Backlashs	5
2.2 Gerechtigkeitskonflikte als Quelle und Schauplatz von Backlash	7
2.3 Polarisierung oder Rechtsruck?	8
3 IMPLIKATIONEN FÜR DIE NACHHALTIGKEITSFORSCHUNG	**11**
3.1 Eine neue Forschungsagenda?	11
3.2 Zunehmende Risiken für die Nachhaltigkeitsforschung	13
4 AUSBLICK	**14**
Literaturverzeichnis	**15**
Autor:innen	**18**

1 Einleitung

In den vergangenen Jahren hat sich der Kontext für Nachhaltigkeitstransformationen grundlegend verändert. Während noch vor Kurzem die politischen Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung langsam, aber stetig voranzugehen schienen, wird Nachhaltigkeit heute zunehmend infrage gestellt – sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft. Geopolitische Instabilität, wirtschaftlicher Druck und der Aufstieg der extremen Rechten in vielen Regionen der Welt destabilisieren die politischen Rahmenbedingungen für gerechte Nachhaltigkeitstransformationen. Dieser Backlash gefährdet die Umsetzung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen und zunehmend auch die Rahmenbedingungen, unter denen Klima- und Nachhaltigkeitsforschung betrieben wird.

Dieses Diskussionspapier geht auf die RIFS-Konferenz „Tough Conversations in Tough Times“ zurück, die im Dezember 2025 in Berlin stattfand. Die Konferenz schuf einen Raum für kritische Reflexion und offenen Dialog zwischen mehr als 350 Vertreter:innen aus der sozialwissenschaftlichen und transdisziplinären Forschung, der Politik und Zivilgesellschaft. Im Mittelpunkt standen der Backlash gegen die Nachhaltigkeitspolitik und die Frage, welche Rolle die Forschung zur Stärkung nachhaltigkeitsorientierter Transformationen unter zunehmend schwierigen Bedingungen einnehmen kann. Aufbauend auf den Diskussionen der Konferenz und als Reaktion auf jüngste politische Entwicklungen möchte dieses Papier einen Beitrag zur laufenden Debatte leisten und unsere eigene Position als Forschende reflektieren.

Der Backlash gegen Nachhaltigkeitstransformationen, der sich beispielsweise in der zunehmenden Kritik an einer engagierten Klimapolitik oder in einer Schwächung der globalen Klimabewegung zeigt, sollte im Kontext umfassenderer globaler Verschiebungen verstanden werden. Die liberale Weltordnung der Nachkriegszeit, die auf multilateraler Kooperation, einem internationalen Regelwerk, demokratischen Institutionen und offenen Märkten beruht, bekommt Risse. Diese zeigen sich am Beispiel des Austritts der Vereinigten Staaten aus dem Pariser Abkommen oder der Rücknahme und Lockerung einzelner Nachhaltigkeitsanforderungen auf EU-Ebene. Gleichzeitig können wir weltweit den Aufstieg autoritärer Tendenzen beobachten, auch in den bislang liberalen Demokratien in Europa und den Vereinigten Staaten. Wenn wir die nachhaltige Transformation lediglich als Strategie zur Lösung der Klimakrise innerhalb der bestehenden liberalen Weltordnung verstehen, laufen wir Gefahr, die Krise, in der sich die sozial-ökologische Transformation im weitesten Sinne befindet, zu übersehen (Brand, 2016). Wir sollten nicht mehr nur fragen, „wie“ und „in welchem Tempo“ Nachhaltigkeitstransformationen erreicht werden können, sondern auch, inwiefern Nachhaltigkeitstransformationen mit globalen Machtverhältnissen und der Krise der liberalen Weltordnung verwoben sind.

Gleichzeitig wirkt sich der Aufstieg der extremen Rechten unmittelbar auf die Nachhaltigkeitsforschung aus. In den Vereinigten Staaten hat die Trump-Regierung die Forschungsmittel unter anderem auch für die Klima- und Nachhaltigkeitsforschung erheblich gekürzt. Die Auswirkungen sind schwerwiegend und werfen grundlegende Fragen auf: Wie lassen sich diese Entwicklungen einordnen? Wie können wir darauf reagieren und zugleich die Fähigkeit bewahren, in einem zunehmend feindseligen politischen Umfeld zu forschen?

Vor diesem Hintergrund verfolgt dieser Beitrag zwei Ziele: *Erstens* diskutieren wir den zunehmenden Backlash gegen Nachhaltigkeitstransformationen als soziopolitisches Phänomen, das untrennbar mit Fragen von Gerechtigkeit in der nationalen und internationalen Klimapolitik, gesellschaftlicher Polarisierung und dem wachsenden Einfluss rechtsextremer Bewegungen verbunden ist. Dies erfordert eine Unterscheidung zwischen öffentlichen, politischen und institutionellen Formen von Backlash sowie eine Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen materiellen Missständen, Wahrnehmungen von Ungerechtigkeit, kulturellen Konflikten und strategischer politischer Mobilisierung. *Zweitens* befassen wir uns mit seinen Auswirkungen auf die interdisziplinäre und transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung. Es stehen sowohl die inhaltlichen Schwerpunkte, denen sich die Forschung widmen sollte, als auch die zunehmenden Risiken für die Forschungspraxis selbst zur Debatte.

2 Backlash im Spannungsfeld von Gerechtigkeitskonflikten und gesellschaftlicher Polarisierung

2.1 Vielfältige Formen und Treiber des Backlashs

Der Backlash gegen Klima- und Nachhaltigkeitspolitik wird in verschiedenen politischen Systemen und Politikbereichen zunehmend sichtbar. Damit stellt sich die Frage, was ihn antreibt und wie politische Entscheidungsträger:innen, Praktiker:innen und Forschende reagieren könnten.

Als Backlash lässt sich eine starke Reaktion auf laufende oder geplante politische und gesellschaftliche Veränderungen verstehen. Im Kontext von Nachhaltigkeitswenden bezieht der Begriff sich auf die Bestrebungen zahlreicher oder besonders einflussreicher Akteure, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik zu bekämpfen, zu schwächen, zu verzögern oder rückgängig zu machen. Während Kontroversen und Meinungsverschiedenheiten normale Merkmale demokratischer Politik sind, zeichnet sich der Backlash durch seine Intensität, seine Reichweite und seine explizite Ablehnung der Transformation aus (Bosetti et al., 2025; Patterson, 2023). Ein solcher Backlash kann sich auf vielfältige Weise manifestieren:

Gesellschaftlicher Backlash wird hier verstanden als gesellschaftlicher Widerstand gegen Nachhaltigkeitspolitik oder umfassendere Transformationsprozesse. Solche Reaktionen werden oftmals ausgelöst, wenn politische Maßnahmen als ungerecht, kostspielig oder entfernt von der Alltagsrealität der Bürger:innen wahrgenommen werden. Die Gelbwesten-Bewegung in Frankreich (Douenne & Fabre, 2022) und die Bauernproteste in den Niederlanden (Siegmann, 2024) gehören nach wie vor zu den prominentesten Beispielen, bei denen Erhöhungen der Kraftstoffsteuern und Änderungen der CO_2-Vorschriften zum Symbol für umfassendere gesellschaftliche Konflikte wurden.

Politischer Backlash geht von Parteien oder einflussreichen öffentlichen Akteuren aus, die Nachhaltigkeitspolitik und -narrative aktiv in Frage stellen. Beispiele hierfür sind unter anderem die politische Kontroverse um die Reform des Gebäudeenergiegesetzes in Deutschland im Jahr 2023 (Bosetti et al., 2025; Haas et al., 2025) sowie die wachsende Rolle rechtspopulistischer Akteure bei der Ablehnung von Klimamaßnahmen in ganz Europa (Lockwood & Lockwood, 2022). Innerhalb der Europäischen Union haben sich solche Akteure häufig gegen Umweltgesetze ausgesprochen und gleichzeitig Klimamaßnahmen als Bedrohung für den wirtschaftlichen Wohlstand, die persönlichen Freiheiten oder die nationale Souveränität dargestellt.

Institutioneller Backlash liegt vor, wenn Regierungen selbst den Abbau, die Schwächung oder die Blockade von Nachhaltigkeitspolitik und -institutionen initiieren. Beispiele hierfür sind die unter Trump in den Vereinigten Staaten (Ettinger & Collins, 2025), Bolsonaro in Brasilien (Milani et al., 2026) und Javier Milei in Argentinien verfolgten Rückschritte in den Bereichen Klima und Umwelt. In diesen Fällen geht der Backlash über den Widerstand gegen bestimmte politische Maßnahmen hinaus und umfasst Bestrebungen, die institutionellen Grundlagen der Nachhaltigkeitspolitik zu untergraben.

Die verschiedenen Formen des Backlashs sind eng miteinander verflochten. Öffentliche Unzufriedenheit kann politischen Akteuren, die sich der Klimapolitik widersetzen, neue Handlungsspielräume eröffnen, während politische Mobilisierung die Unzufriedenheit der Bevölkerung weiter verstärken kann. Wahlerfolge von Parteien, die eine ambitionierte Klima- und Umweltpolitik ablehnen, können dann zu institutionellen Veränderungen führen, die bestehende politische Rahmenbedingungen schwächen. Backlash sollte daher nicht als einzelnes Ereignis verstanden werden, sondern als dynamischer Prozess, der sich quer durch Gesellschaft, Politik und staatliche Institutionen zieht.

Es ist jedoch wichtig, Backlash von verwandten Phänomenen wie „Contestation“ oder einer strategischen Obstruktionspolitik zu unterscheiden, auch wenn die Grenzen zwischen diesen Konzepten oft verschwimmen: Legitime Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung politischer Maßnahmen können sich zu einem breiteren gesellschaftlichen Backlash entwickeln, während organisierte Akteure diese Missstände strategisch verstärken können, um politische Veränderungen zu verzögern oder zu schwächen. Unter „Contestation“ versteht man demokratische Meinungsverschiedenheiten über politische Ziele, Prioritäten, Instrumente und Umsetzungswege. Obstruktionismus hingegen beinhaltet gezielte und oft koordinierte Bemühungen organisierter Akteure, politische Veränderungen zu verzögern, zu schwächen oder zu verhindern (Brulle & Roberts, 2024). Backlash kann sich mit beiden überschneiden, lässt sich jedoch auf keines der beiden Phänomene reduzieren. Die Bewertung der Interessen, der Aktionen und der Absichten der beteiligten Akteure – sowie des politischen Kontexts, in dem Backlash entsteht – ist daher wichtig, um legitime Auseinandersetzungen von strategischer Obstruktion zu unterscheiden (Lamb & Mattila, 2025).

Backlash ist Teil eines breiteren Spektrums von Widerstand gegen Klima- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen. Dieses Spektrum reicht von offenem Klimaleugnen bis hin zu subtileren Diskursen der Verzögerung, die zwar die Existenz des Klimawandels anerkennen, jedoch die Dringlichkeit, Durchführbarkeit oder Fairness bestimmter Maßnahmen in Frage stellen (Lamb et al., 2020). Dazu gehören auch Formen des „bedingten Umweltschutzes“, insbesondere bei rechtspopulistischen Akteuren, die Umweltschutz nur befürworten, wenn er ihrer Ansicht nach nicht im Widerspruch zu Wirtschaftswachstum, nationaler Souveränität, etablierten Lebensweisen oder anderen politischen Prioritäten steht (Caiani & Lubarda, 2024). Diese Positionen stellen an sich noch keinen Backlash dar. Sie können jedoch Narrative und Ressourcen liefern, um die Unzufriedenheit mit bestimmten politischen Nachhaltigkeitsmaßnahmen zu bündeln und politisch auszuschlachten. Backlash kann als dynamischer Prozess verstanden werden, durch den bestehende Missstände, bedingte Unterstützung sowie skeptische oder obstruktive Narrative aktiviert, miteinander verknüpft und in Form eines organisierten Widerstands oder einer politischen Kehrtwende umgesetzt werden.

Wir können drei zentrale Treiber des Backlashs unterscheiden: sozioökonomische Treiber beziehen sich erstens auf die Verteilungswirkungen von Maßnahmen der Nachhaltigkeitspolitik. Jüngste Forschungsergebnisse zeigen, dass sowohl tatsächliche als auch wahrgenommene wirtschaftliche Auswirkungen Widerstand gegen Klimapolitik hervorrufen können, insbesondere wenn Bürger:innen einen Rückgang des Lebensstandards, steigende Kosten oder eine ungleiche Lastenverteilung befürchten (Bosetti et al., 2025). Wer trägt die Kosten der Transformation, wer profitiert davon und werden die Auswirkungen als fair empfunden? Nachhaltigkeitstransformationen verlaufen nicht immer gerecht und können bestehende Ungleichheitsmuster fortschreiben.

Zweitens umfassen kulturelle Treiber Vorstellungen von Identität, Zugehörigkeit und Vertrauen. Klima- und Nachhaltigkeitspolitik überschneidet sich zunehmend mit breiteren gesellschaftlichen Debatten über Werte, Lebensstile und kulturellen Wandel (Patterson, 2023). Widerstand gegen Klimapolitik wird mittlerweile mit Anti-Elitismus, Misstrauen gegenüber Institutionen oder der Wahrnehmung, dass politische Entscheidungsfindung keinen Bezug zu alltäglichen Sorgen hat, in Verbindung gebracht. Fragen der Klimapolitik, Energie- oder Mobilitätswende sind zum Gegenstand polarisierender Narrative der extremen Rechten geworden. Auf diese Frage gehen wir weiter unten in diesem Beitrag ausführlicher ein.

Drittens können politische Akteure Klimapolitik strategisch als Symbol für staatliche Übergriffigkeit, elitäre Kontrolle oder Einmischung von außen darstellen. In den letzten Jahren haben insbesondere rechtspopulistische Bewegungen dazu beitragen, die Klimapolitik auf diese Weise zu politisieren (Haas et al., 2025). Dies verdeutlicht, warum der Zusammenhang zwischen politischem Backlash gegen die Nachhaltigkeitswende und einer Aushöhlung der Demokratie berücksichtigt werden muss.

Entscheidend ist dabei weniger das Wirken einzelner Faktoren als vielmehr deren Zusammenspiel. Wirtschaftliche Bedenken können kulturelle Ängste verstärken, während politische Akteure beides durch strategisches Framing und Mobilisierung noch verstärken können. Infolgedessen gehen Konflikte zunehmend über den Widerstand gegen spezifische politische Instrumente hinaus und stellen die Legitimität und Ausrichtung der sozial-ökologischen Transformation in Frage.

2.2 Gerechtigkeitskonflikte als Quelle und Schauplatz von Backlash

Gerechtigkeit ist zu einer wichtigen Perspektive geworden, um Konflikte und Widerstände gegen Nachhaltigkeitstransformationen zu verstehen und Ansatzpunkte für deren Bewältigung zu identifizieren. Solche Konflikte spiegeln die Notwendigkeit wider, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen sowie Inklusion und Teilhabe an den Transformationsprozessen zu fördern. Konkret geht es um die Frage, wie sich die Kosten, Nutzen und Risiken des Wandels verteilen .

Gerechtigkeit zog sich als zentrales Thema durch die RIFS-Konferenz 2025. Zahlreiche Vorträge und Diskussionen beleuchteten verschiedene Dimensionen von Gerechtigkeit in Nachhaltigkeitstransformationen sowie die Herausforderungen bei deren Bewältigung in soziodemografischen, geografischen und politischen Kontexten – vom Globalen Norden bis zum Globalen Süden. Fragen der sozioökonomischen Gerechtigkeit betreffen mehrere Ebenen und Phasen von Nachhaltigkeitstransformationen, beispielsweise vom Ausstieg aus fossilen Brennstoffen bis hin zur Einführung Erneuerbarer-Energien-Technologien und Infrastrukturen. Der normative Imperativ, den Planeten zu retten, mindert nicht die Bedeutung der sozialen Folgen des Wandels. Einerseits erleben Bergleute sowie ganze Gemeinden und Regionen, die von der fossilen Industrie abhängig sind, das Ende einer Branche, die ihnen jahrzehntelang den Lebensunterhalt gesichert hat. Andererseits sind Gebiete, in denen Rohstoffe für die Herstellung der neuen Technologien abgebaut werden, von Ausbeutung und neuen Verteilungskonflikten betroffen.

Auch Fragen des Eigentums und der Kontrolle stehen im Mittelpunkt der Gerechtigkeitsdebatte: Wem gehören die Vermögenswerte des entstehenden Energiesystems? Wer profitiert von den neuen Wertschöpfungsketten? Und wer entscheidet im Planungs-, Entwicklungs- und Umsetzungsprozess? Dies ist wichtig, denn wenn Infrastruktur von „externen“ Akteuren, die nicht in der lokalen Gemeinschaft ansässig sind, entwickelt und betrieben wird, fließen die Gewinne möglicherweise größtenteils aus der Region ab, während die lokalen Anwohner:innen viele der damit verbundenen Auswirkungen tragen. Wenn die Anwohner:innen kaum greifbaren wirtschaftlichen Mehrwert durch den Windenergieausbau für ihre Region erkennen – wie es in Gemeinden in Brandenburg der Fall ist – verstärkt dies das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden. Gerechtigkeit erstreckt sich daher von der lokalen Verteilung von Kosten und Nutzen bis hin zu Fragen der globalen Ressourcennutzung und der Nord-Süd-Beziehungen.

Sowohl die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung als auch das Pariser Klimaabkommen erkennen die Bedeutung einer gerechten Transformation an. Sie betonen, dass Klimaschutzmaßnahmen unter Berücksichtigung sozialer und entwicklungspolitischer Belange umgesetzt werden müssen. Dennoch lässt sich bei den aktuellen Nachhaltigkeitstransformationen ein zentrales Paradoxon beobachten. Die Klimarechtsanwältin und Aktivistin Farhana Yamin argumentierte auf dem zentralen Podium der Konferenz, dass sich der derzeitige Backlash gegen Nachhaltigkeit zum Teil als Reaktion auf die bedeutenden Fortschritte verstehen lasse, die in den letzten Jahrzehnten bei den Nachhaltigkeitstransformationen und im Bereich der Menschenrechte erzielt wurden. Diese Fortschritte haben jedoch die zugrunde liegenden Ungleichheiten oder Machtasymmetrien nicht beseitigt. Vielmehr können neue Transformationsprozesse mit bestehenden Ungleichheiten in Wechselwirkung treten und unter bestimmten Umständen neue Formen der Benachteiligung reproduzieren oder schaffen.

Dieser Punkt wurde von Manisha Anantharaman (Sciences Po, Paris) in ihrem Vortrag hervorgehoben. Sie argumentierte, dass Nachhaltigkeitstransformationen nicht von Natur aus gerecht seien. Vielmehr seien sie von bestehenden ungleichen Machtverhältnissen geprägt, die beeinflussen, wie Umweltprobleme definiert werden, wessen Interessen priorisiert werden und wessen Fähigkeiten, den Wandel mitzugestalten, anerkannt werden. Ein gerechter Wandel erfordere mehr als nur die Gewährleistung einer fairen Verteilung der Folgen der Transformation. Es müssten auch die ungleichen Möglichkeiten berücksichtigt werden, die Transformation zu beeinflussen. Unterschiedliche Erfahrungen und Interessen sollten anerkannt und die politischen Koalitionen, durch die der Wandel ausgehandelt wird, berücksichtigt werden. Dies sei im Globalen Süden von besonderer Bedeutung.

Die Reproduktion kolonialer Muster unter dem Deckmantel der grünen Wende verdeutlicht, wie die Dekarbonisierung bestehende Ungleichheiten bei der Rohstoffgewinnung aufrechterhalten und neue Formen der Abhängigkeit schaffen kann. Die Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft im Globalen Norden wirft beispielsweise Fragen zum Zugang zu Land, Wasser und Energie sowie nach der Verteilung der Wertschöpfung auf: Wo sollten die große Windenergie- und Solarparks angesiedelt werden, um den für die wasserintensive

Elektrolyse benötigten Strom zu erzeugen, wenn der daraus gewonnene Wasserstoff für den Export produziert wird? Grundlegender noch: Kritiker des Konzepts des grünen Wachstums bezweifeln, dass technologische Substitution und Wirtschaftswachstum allein ausreichen, um jene strukturellen Produktions- und Konsummuster grundlegend zu verändern, die zur ökologischen Krise beitragen. Aus dieser Perspektive ist Gerechtigkeit nicht eine zusätzliche Überlegung, die neben Umweltzielen berücksichtigt werden muss. Vielmehr ist sie zentral für die Frage, wie der Wandel selbst konzipiert und gesteuert wird.

Angesichts des wachsenden Drucks, Nachhaltigkeitstransformationen zu beschleunigen, gewinnt die Debatte um Gerechtigkeit auch unter Wissenschaftler:innen, politischen Entscheidungsträger:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen an Bedeutung. Während sich Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit als Dimensionen der Forschung zu gerechter Transformation etabliert haben, untersuchen neuere Arbeiten, wie diese Dimensionen mit dem zeitlichen Druck einer beschleunigten Dekarbonisierung zusammenwirken (Markard et al., 2020; Mey et al., 2025; Newell et al., 2022). Sovacool et al. (2025) erweitern herkömmliche Ansätze zur Energiegerechtigkeit, indem sie untersuchen, wie Gerechtigkeit unter den Bedingungen einer beschleunigten Transformation zu verstehen ist. Dies wirft eine sowohl für die Forschung, als auch für die Politik wichtige Frage auf: Können Transformationen sowohl schnell als auch gerecht sein und unter welchen Bedingungen? Ähnliche Spannungen spiegeln sich in Debatten rund um die öffentliche Reaktion auf den Einsatz neuer Energietechnologien wider. Der politische Imperativ, den Ausbau zu beschleunigen, kann in Konflikt mit Erwartungen hinsichtlich Partizipation, Fairness und lokaler Kontrolle geraten (Hielscher et al., 2025; Skjølsvold & Coenen, 2021).

Gleichzeitig ist die Dimension der Gerechtigkeit in der öffentlichen und politischen Kommunikation besonders anfällig für eine Instrumentalisierung durch rechtsextreme Populisten. Rufe nach mehr Fairness können Raum für konkurrierende Interpretationen dazu bieten, wer durch Klimapolitik benachteiligt wird (Reusswig et al., 2025). Rechtsextreme Akteure positionieren sich zunehmend als Vertreter derjenigen, die sich durch die Dekarbonisierung negativ betroffen fühlen. Indem sie Klimapolitik als von fernen Eliten aufgezwungen, als Bedrohung für die eigene Lebensgrundlage oder als ungerechte Umverteilung von Ressourcen darstellen, greifen sie wahrgenommene Missstände auf und verknüpfen diese mit dem Widerstand gegen den umfassenderen Nachhaltigkeitswandel – häufig unter Berufung auf Gerechtigkeit. In diesem Zusammenhang können rechtsextreme Akteure Gerechtigkeitsansprüche in Klima- und Energiedebatten für sich beanspruchen und neu formulieren, indem sie den Wandel als eine Form von staatlichem Paternalismus darstellen, der Kosten und Belastungen ungerecht über soziale Gruppen und Regionen verteilt.

Solche Narrative können die Kluft zwischen Stadt und Land verstärken, indem sie die klimapolitischen Vorstellungen städtischer Milieus den tatsächlichen und vermeintlichen wirtschaftlichen, räumlichen und ökologischen Belastungen in den ländlichen Gegenden gegenüberstellen. Dies kann zu einem Narrativ regionaler Ungerechtigkeit führen, in dem die ländliche Bevölkerung so dargestellt wird, als trage sie die Kosten eines an anderer Stelle konzipierten Wandels, während städtische Gebiete als Nutznießer dieses Wandels wahrgenommen werden. Gerechtigkeit wird somit nicht nur zu einer inhaltlichen Dimension der Transformationspolitik, sondern auch zu einer umkämpften politischen Ressource, durch die verschiedene Akteure Probleme definieren, Verantwortung zuweisen und politische Identitäten konstruieren (Knauf, 2022; Lindvall, 2023; Reusswig et al., 2025) .

Wir müssen daher verstärkt die Gegenreaktion auf Nachhaltigkeitstransformationen im Kontext der tiefgreifenden Ungleichheit des globalen Wirtschaftssystems untersuchen, in das Nachhaltigkeitstransformationen eingebettet sind und auf das sie – beispielsweise in Form eines neuen „grünen Extraktivismus“ – angewiesen sind. Gleichzeitig sollten wir weiterhin beobachten, wie Fragen der Gerechtigkeit von rechtsextremen Bewegungen instrumentalisiert werden können, um gegen Nachhaltigkeitstransformationen zu mobilisieren und die Gesellschaft in dieser Frage zu polarisieren.

2.3 Polarisierung oder Rechtsruck?

Unsere Gesellschaften scheinen sich in Fragen wie Klimapolitik, Migration und Geschlechtergerechtigkeit zunehmend zu polarisieren. Eine Studie aus dem Jahr 2025 ergab, dass 81 Prozent der Menschen in Deutschland der Meinung sind, dass die Gesellschaft derzeit gespalten ist (Vorländer et al., S. 8). Diese wahrgenommene Polarisierung wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wissenschaft weithin als wachsende Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt, die demokratische Stabilität und den Nachhaltigkeitswandel angesehen. Dementsprechend befasst sich eine wachsende Zahl von Veröffentlichungen mit diesem Thema (Eversberg et al., 2024; Kohler et al., 2025; Kumkar, 2024; Mau et al., 2023; Vorländer et al., 2025), und es wird derzeit an erfolgreichen Strategien gegen Polarisierung

geforscht (Angeli, 2026). Die Diskussionen auf der RIFS-Konferenz, die sich auf den deutschen Kontext konzentrierten, machten deutlich, dass der Begriff der Polarisierung irreführend sein und von einem umfassenderen Rechtsruck unserer Gesellschaften ablenken kann. Daher liegt es in der Verantwortung der Forschung, unser Verständnis des Begriffs und seines Zusammenhangs mit dem Backlash gegen demokratische Nachhaltigkeitstransitionen zu schärfen.

Generell bezieht sich Polarisierung auf einen Prozess, bei dem sich die Einstellungen zwischen relativ stabilen sozialen Gruppen erheblich unterscheiden (Mau et al., 2023). Ideologische Polarisierung beschreibt die zunehmende „Distanz zwischen gegensätzlichen politischen Meinungen, Einstellungen und Orientierungen“ (Vorländer et al., 2025, S. 12). Ein gewisses Maß an ideologischer Polarisierung wird allgemein als normales und sogar notwendiges Merkmal demokratischer Systeme und des Parteienwettbewerbs angesehen (Zick et al., 2025).

Affektive Polarisierung bezeichnet eine wachsende emotionale Distanz und Feindseligkeit zwischen Gruppen. Das Konzept wurde ursprünglich in den Vereinigten Staaten in Bezug auf die parteipolitischen Spaltungen zwischen Demokraten und Republikanern geprägt (Mason, 2016). Es erfasst, wie politische Identitäten zu zentralen sozialen Identitäten werden, die nicht nur politische Präferenzen, sondern auch soziale Beziehungen strukturieren (Torcal & Harteveld, 2024; Vorländer et al., 2025). Dies führt zu starker Abneigung, Misstrauen oder Wut gegenüber Gruppen, die als Gegner wahrgenommen werden. Affektive Polarisierung gilt als Bedrohung für die Demokratie, da demokratische Prozesse auf Verhandlung und Kompromiss beruhen. Wenn politische Gegner nicht nur als Vertreter abweichender Ansichten, sondern als grundsätzlich illegitim oder minderwertig angesehen werden, schwinden die Voraussetzungen für einen konstruktiven Dialog.

Die empirischen Belege zur politischen Polarisierung in Deutschland sind nach wie vor nicht eindeutig. In ihrem viel diskutierten Buch „Triggerpunkte“ argumentieren Mau et al.(2023), dass die deutsche Gesellschaft weniger polarisiert ist, als gemeinhin angenommen wird. Sie stellen einen breiten Konsens bei Themen wie der Anerkennung des Klimawandels und der Liberalisierung der Rechte sexueller Minderheiten sowie eine allgemein positive Einstellung gegenüber Migration fest. Anstelle einer tiefen Polarisierung verweisen sie auf ein differenzierteres Bild, in dem bestimmte „Triggerpunkte“ – wie beispielsweise die Wärmepumpenpolitik – schnell zu einer emotionalen Eskalation führen können (ebd.). Im Gegensatz dazu stellen andere Studien eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft fest, beispielsweise im Zusammenhang mit klimapolitischen Maßnahmen (Vorländer et al., 2025).

Zwar herrscht weitgehende Einigkeit, dass Polarisierung erforscht werden sollte, doch bleibt das Konzept selbst in mehrfacher Hinsicht umstritten: hinsichtlich des tatsächlichen Ausmaßes der Polarisierung in der Gesellschaft, der zu ihrer Messung verwendeten Methoden, der potenziellen Herausforderungen beim Verständnis unserer demokratischen Gesellschaften aus der Perspektive der Polarisierung sowie der Kommunikation von Polarisierung. Darüber hinaus sollte Polarisierung sowohl als Konzept als auch als analytischer Rahmen kritisch hinterfragt werden, da die Art und Weise, wie sie dargestellt wird, die Strategien prägt, die als geeignet angesehen werden, um ihr entgegenzuwirken.

Das gängige Verständnis der Polarisierung – auch in der wissenschaftlichen Literatur – geht häufig mit einer horizontalen Sichtweise auf die Gesellschaft einher. Dabei liegt der Fokus auf gegensätzlichen Gruppen, während die zugrunde liegenden sozialen und materiellen Bedingungen, die Einstellungen und Identitäten prägen, vernachlässigt werden. Eine eher vertikale Perspektive auf Polarisierung, so Eversberg et al. könnte ein tieferes Verständnis dafür ermöglichen, wie strukturelle Ungleichheiten und materielle Interessen politische Orientierungen beeinflussen (2024). In diesem Sinne können materielle Ungleichheiten, sich verschlechternde Lebensbedingungen und eine verfallende soziale Infrastruktur zu sozialer Polarisierung und Ressentiments gegenüber einer politischen und wirtschaftlichen Elite führen, die nicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht.

Anstatt sich daher auf die Polarisierung an sich zu konzentrieren, identifizieren Eversberg et al. anhand von Umfragedaten aus den Jahren 2021/2022 unterschiedliche soziale „Mentalitäten“. Diese lassen sich in drei große Kategorien einteilen: ein sozial-ökologisches Spektrum (etwa ein Viertel der Gesellschaft), das den Wandel aktiv unterstützt; ein konservatives, wachstumsorientiertes Spektrum (knapp die Hälfte), das den Erhalt des derzeitigen Lebensstandards anstrebt; und ein defensiv-reaktives Spektrum (etwa ein Viertel), das sich abgehängt fühlt. Das sozial-ökologische und das reaktiv-defensive Spektrum könnten als Gegensätze auf einer Polarisierungsachse betrachtet werden, während das konservative, wachstumsorientierte Spektrum traditionell als Zentrum angesehen worden wäre (2024). Folgedaten aus den Jahren 2023/2024 deuten auf eine allgemeine Abkehr

von nachhaltigkeitsorientierten Positionen hin. Während ökosoziale Mentalitäten an Bedeutung verloren haben, hat sich die konservative Mitte näher an reaktiv-defensive Positionen heran bewegt und lehnt die sozial-ökologische Transformation zunehmend ab. Da Wachstumsorientierung und ökologische Transformation zunehmend als unvereinbar angesehen werden, gewinnt ein wachstumsorientiertes, defensives Spektrum an Bedeutung. Dies deutet weniger auf eine Polarisierung hin, sondern vielmehr auf die Entstehung eines breiteren „defensiven Konsenses", der auf die Bewahrung sozialer und materieller Privilegien abzielt.

Ähnliche Ergebnisse ergeben sich aus der „Mitte-Studie" (Zick et al., 2025) , die progressive und regressive Einstellungen gegenüber klimapolitischen Maßnahmen misst. Die in zwei Erhebungen in den Jahren 2022/2023 und 2024/2025 erhobenen Daten zeigen eine Verschiebung der Einstellungen: weg vom Klimawandel selbst und hin zum Widerstand gegen klimapolitische Maßnahmen. Diese Verschiebung spiegelt eher eine wachsende Abwehrhaltung wider als eine sich vertiefende ideologische Kluft.

Die Ergebnisse beider Studien deuten auf eine Entwicklung hin, die sich mit dem Konzept der Polarisierung allein nur schwer erfassen lässt. Momentan erleben wir eine Verschiebung der konservativen Mitte nach rechts vom politischen Zentrum. So wurde beispielsweise im Jahr 2020 die Institutionalisierung der Klimapolitik – wie der „Green Deal" in Europa oder der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland – von Parteien der Mitte vertreten, untermauert durch wissenschaftliche Erkenntnisse. Im Jahr 2026 wird die Unterstützung für solche politischen Maßnahmen dem sozial-ökologischen Spektrum zugeschrieben, das als links in der Polarisationsgleichung angesehen wird. Einem Polarisationsmodell, das von stabilen Extremen ausgeht, die sich immer weiter von einem festen Zentrum entfernen, fällt es schwer, eine solche Verschiebung zu erklären.

Darüber hinaus birgt die Darstellung politischer Konflikte als zwei sich gegenüberstehende feindliche Lager die Gefahr, den Rechtsruck in der Gesellschaft innerhalb einer vermeintlichen rechts/links Polarisierung in seiner Bedeutung zu verkennen. Die MIDEM-Studie zur Polarisierung kommt beispielsweise zu dem Ergebnis, dass die am stärksten polarisierten Gruppen in der Gesellschaft Anhänger:innen rechtsextremer Parteien sowie Anhänger:innen der Grünen und der Linken sind (Vorländer et al., 2025). Eine solche Erkenntnis birgt die Gefahr, rechtsextreme Akteure – von denen einige als Bedrohung für die demokratische Ordnung eingestuft werden – mit Akteuren gleichzusetzen, die ökologische Wandlungsprozesse fördern und dabei im verfassungsrechtlichen Rahmen agieren. Zudem verschleiert der Fokus auf Polarisierung, inwieweit antidemokratische Ideen innerhalb des politischen Mainstreams an Akzeptanz gewinnen könnten. Die „Mitte-Studie" hebt diesen Prozess als eine „schamlose Normalisierung" hervor, in dem zuvor tabuisierte Positionen und Ausdrucksformen zunehmend akzeptabel werden. Dazu gehören nicht nur die Verbreitung von Falschinformationen, sondern auch wiederholte Angriffe auf demokratische Institutionen. Die Normalisierung vollziehe sich mit einem gewissen Maß an „Schamlosigkeit" (Zick, 2025, S. 30). Zunächst empört sich die Öffentlichkeit, die Empörung lässt jedoch angesichts der fortwährenden Überschreitung dessen, was früher als Tabu galt, nach. Solche Entwicklungen deuten darauf hin, dass das Hauptanliegen möglicherweise nicht die Polarisierung an sich sein sollte, sondern die sich verschiebenden Grenzen des akzeptablen Diskurses.

Die Wahrnehmung einer polarisierten Gesellschaft wird durch eine Mediendynamik verstärkt, die Konflikte überhöht, sowie durch politische Strategien, die Gegensätze nutzt, um Unterstützung zu mobilisieren. Polarisierung ist in diesem Sinne nicht nur eine gesellschaftliche Realität, sondern auch ein kommunikatives Instrument. Aus diesem Grund plädiert Kumkar (2024) dafür, Polarisierung in erster Linie als kommunikatives Phänomen zu betrachten. Medien und politische Akteure profitieren davon, Themen als Konflikte zwischen gegnerischen Lagern darzustellen, wobei sie komplexe Realitäten oft mit binären Erzählungen vereinfachen. So könne beispielsweise die Darstellung von Debatten als Konflikt zwischen „städtischen Eliten" und „ländlicher Bevölkerung" die Vielfalt der Positionen innerhalb dieser Gruppen verschleiern. Wichtig sei, dass in den letzten Jahren der Einfluss von Akteuren zugenommen habe, die solche polarisierenden Narrative aktiv befördern. Rechtsextreme „Kulturkriege", die sich gegen eine vermeintliche „Woke"-Bewegung richten, hätten sich als besonders wirksam erwiesen, um die öffentliche Debatte zu prägen und die politischen Agenden des Mainstreams zu beeinflussen.

Es liegt daher in der Verantwortung der (Nachhaltigkeits-) Forschung, die verbreitete Vorstellung einer entlang der links-rechts-Achse polarisierten Gesellschaft zu hinterfragen und kritisch zu analysieren. Insbesondere sollte untersucht werden, wer zur vermeintlichen Mitte der Gesellschaft gehört und welche Rolle diese einnimmt. Denn diese vermeintliche Mitte kann tatsächlich direkt oder indirekt ebenso zum Backlash beitragen. Die Nachhaltigkeitsforschung muss Nachhaltigkeit als ein Anliegen vertreten, das keiner Seite des

politischen Polarisierungsspektrums zuzuordnen ist, sondern einen zentralen Platz auf der aktuellen Forschungsagenda verdient – ja, geradezu erfordert.

3 Implikationen für die Nachhaltigkeitsforschung

3.1 Eine neue Forschungsagenda?

Eine übergreifende Erkenntnis der Konferenz war, dass der Backlash nicht lediglich als externes Hindernis für Nachhaltigkeitstransformationen verstanden werden sollte. Er muss als ein inhärentes Merkmal transformativer Prozesse behandelt werden, das antizipiert und dem proaktiv begegnet werden muss. Gleichzeitig sind weitere Forschungsansätze erforderlich, um die verschiedenen Formen und Dynamiken von Backlash, die Bedingungen, unter denen sie entstehen, sowie die Frage, wie unterschiedliche Reaktionen deren Verlauf und Folgen beeinflussen können, besser zu verstehen.

Sozioökonomische, kulturelle und politische Treiber werden oft getrennt voneinander analysiert. Weitaus weniger ist darüber bekannt, wie diese Faktoren über verschiedene Regierungsebenen hinweg – von globalen Entwicklungen über nationale Politik bis hin zu lokalen Transformationserfahrungen – wirken und sich gegenseitig bedingen. Auch hinsichtlich der Folgen von Backlash bestehen weiterhin erhebliche Wissenslücken. Während unmittelbare Auswirkungen politischer Maßnahmen zunehmend dokumentiert werden, ist über mittel- und langfristige ökologische, soziale, wirtschaftliche und politische Auswirkungen weitaus weniger bekannt. Ebenso sind neu auftretende Formen eines institutionellen Backlashs, wie beispielsweise unter libertären Regierungen wie in Argentinien, trotz ihrer potenziellen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitspolitik nach wie vor unzureichend erforscht. Aus diesem Grund schlagen wir folgende Forschungsfragen für die Untersuchung von Backlash vor:

- Wie tragen Regierungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Unternehmen und Forschende dazu bei, Backlash abzuschwächen oder zu verstärken?
- Inwiefern beeinflussen lokale Kontexte übergeordnete politische und wirtschaftliche Dynamiken?
- Welche Strategien gegen Backlash funktionieren unter unterschiedlichen politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen?
- Welche Rolle sollten Nachhaltigkeitsforschende in zunehmend kontroversen öffentlichen Debatten spielen?
- Wie lassen sich Suffizienz und Degrowth in einem zunehmend autoritären und neoliberalen Umfeld untersuchen und gesellschaftlich verhandeln?
- Welche Wechselbeziehungen bestehen zwischen dem Backlash gegen Nachhaltigkeit und dem Backlash gegen Demokratie?

Die Diskussionen rund um Gerechtigkeit zeigen, dass das Verständnis von Backlash gegen Nachhaltigkeitstransformationen nicht nur eine Untersuchung erfordert, ob gewisse klimapolitische Maßnahmen fair für alle Bevölkerungsgruppen und Regionen sind. Wir müssen auch verstehen, wie Nachhaltigkeitstransformationen in globale und lokale Ungleichheiten eingebettet sind: wie und von wem Fairness definiert wird und wie konkurrierende Ansprüche hinsichtlich Kosten, Nutzen, Rechten und Verantwortlichkeiten artikuliert und politisch mobilisiert werden. Das Verständnis dafür, wie diese konkurrierenden Interpretationen von Gerechtigkeit entstehen, zirkulieren und politische Durchschlagskraft gewinnen, bildet die Grundlage für weitere Forschung.

Auf der RIFS-Konferenz herrschte allgemeine Einigkeit darüber, dass Nachhaltigkeitstransformationen eher öffentliche Unterstützung finden, wenn soziale Belange von Anfang an berücksichtigt werden. Die Kontroverse um die Reform des Gebäudeenergiegesetzes in Deutschland verdeutlicht, dass Widerstand oft nicht nur durch objektive Kosten, sondern auch durch Wahrnehmungen hinsichtlich Erschwinglichkeit, Fairness und ungleicher Lastenverteilung angetrieben wird. Dennoch sind weitere Erkenntnisse dazu erforderlich, welche politischen Maßnahmen in unterschiedlichen Kontexten ökologisch wirksam waren und

welche sozioökonomischen Auswirkungen sie auf verschiedene Gruppen hatten. Insbesondere müssen wir fragen:

- Unter welchen Bedingungen kann die Berücksichtigung von Gerechtigkeitsaspekten die Legitimität von Nachhaltigkeitstransformationen stärken und zu ihrer Beschleunigung beitragen?
- Wann werden ungelöste oder neu entstandene Ungleichheiten zu Treibern für Auseinandersetzungen und politische Mobilisierung?
- Inwiefern beeinflussen politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen die Gestaltung, Umsetzung und die Verteilungswirkungen klimapolitischer Maßnahmen – und warum stoßen ähnliche Maßnahmen in manchen Kontexten auf Zustimmung, in anderen hingegen auf Widerstand?
- Wie verändert die politische Instrumentalisierung von Gerechtigkeit durch die extreme Rechte gesellschaftliche Vorstellungen davon, was als gerecht und ungerecht gilt und welche Konsequenzen hat dies für die Legitimität von Klimaschutzmaßnahmen?

Das Beispiel der deutschen Heizungsgesetzreform („Heizungshammer!“) hat gezeigt, wie entscheidend die Kommunikation rund um Nachhaltigkeitstransformationen ist. Backlash entsteht in einem sich rasch wandelnden Kommunikationsumfeld. Dieses wird zunehmend von Social-Media-Plattformen und digitalen Informationsökosystemen geprägt und häufig strategisch durch polarisierende Narrative beeinflusst (Kumkar, 2024; Zick et al., 2025). Klimadebatten werden nicht nur von wissenschaftlichen Erkenntnissen beeinflusst, sondern auch von Werten, Identitäten, Emotionen und konkurrierenden politischen Narrativen (Corner et al., 2014; Moser, 2016). In solchen Kontexten reicht eine faktenbasierte Kommunikation allein oft nicht aus, um Zielgruppen, deren Interpretationen durch tief verwurzelte Weltanschauungen gefiltert werden anzusprechen (Druckman & McGrath, 2019; Kahan, 2015). Daher sollten wir fragen:

- Welche Rolle spielen politische und mediale Akteure, die gesellschaftliche Gegensätze gezielt zuspitzen bei der Schaffung eines Kontexts, der dem Nachdenken über den Klimawandel feindlich gegenübersteht?
- Inwieweit wird die Polarisierung rund um die Nachhaltigkeitswende von Positionen gestärkt, die politisch der Mitte zugeordnet werden?

Überdies besteht ein Bedarf an überzeugenden und inklusiven Narrativen über die Nachhaltigkeitswende. Aktuelle Kommunikationsstrategien haben zunehmend die positiven Nebeneffekte von Klimaschutzmaßnahmen hervorgehoben, darunter Energiesicherheit, verbesserte öffentliche Gesundheit, wirtschaftliche Chancen und Lebensqualität. Sie können die Legitimität politischer Entscheidungen stärken, das Vertrauen zwischen Akteuren fördern und dabei helfen, lokale Anliegen zu adressieren, bevor sie zu einem breiteren politischen Konflikt eskalieren (Ansell & Gash, 2008; Newig et al., 2019). Doch während solche Ansätze die Akzeptanz für Klimamaßnahmen erhöhen können, laufen sie dennoch Gefahr, Klimarisiken und die Dringlichkeit des Handelns herunterzuspielen. Darüber hinaus wird Bürgerbeteiligung häufig als Allheilmittel angesehen. Doch bedarf sie selbst einer kritischeren Betrachtung: Bestehende Ansätze und Praktiken müssen evaluiert und reflektiert werden, um besser zu verstehen, welche Ansätze unter welchen Bedingungen funktionieren. Dies wirft auch die Frage auf, ob manche Formen der Partizipation in den letzten Jahren ihr Potenzial nicht ausgeschöpft haben – weil sie nur bestimmte Zielgruppen mobilisieren konnten, nur begrenzte Einflussmöglichkeiten boten oder die Ergebnisse der Beteiligung nicht oder nur unzureichend umgesetzt wurden. Daher steht zur Debatte:

- Inwieweit können dialogische Ansätze und die Beteiligung von Interessengruppen unter den Bedingungen zunehmender Polarisierung wirksam bleiben?
- Brauchen wir neue politische Strategien, wie Koalitionsbildung, Verteilungsausgleich oder narrativbasierte Ansätze, um die öffentliche Unterstützung für Nachhaltigkeitstransformationen aufrechtzuerhalten?
- Unter welchen Bedingungen beeinflussen partizipative Ansätze die Klima- und Energiepolitik sinnvoll und tragen zu Legitimität und Vertrauen bei, und wo haben bestehende Ansätze versagt?

3.2 Zunehmende Risiken für die Nachhaltigkeitsforschung

Obwohl die Auswirkungen des Backlashs auf die Nachhaltigkeitsforschung selbst nicht im Mittelpunkt der Konferenz standen, waren sie Teil vieler Gespräche. Angesichts des stetigen Aufstiegs rechtsextremer Parteien haben diese Bedenken seit Dezember 2025 zugenommen – einschließlich der Frage, wie der Backlash die Forschungsagenda prägt, akademische Debatten einschränkt, die Beziehungen von Forschenden zu gesellschaftlichen und politischen Akteuren beeinflusst und unsere Arbeitsbedingungen verändert. Wir sehen drei übergreifende Bedrohungen, die auf die Nachhaltigkeitsforschung zukommen.

Erstens lassen sich weltweit autoritäre Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit beobachten. Dem Update des Academic Freedom Index für 2026 zufolge verzeichnen 50 von 179 Ländern und Gebieten einen ‚statistically and substantially significant decline in academic freedom' gegenüber dem Stand vor zehn Jahren, während die akademische Freiheit nur in neun Ländern zugenommen hat (*Academic Freedom Index*, 2026). Auch wenn in Deutschland bisher nur ein leichter Rückgang der akademischen Freiheit zu beobachten ist, lassen sich doch einige potenzielle Bedrohungen für die Wissenschaft im Allgemeinen und für die transformative Wissenschaft im Besonderen beobachten (Möllers et al., 2026). Angesichts der Möglichkeit einer AfD-geführten Landesregierung in Sachsen-Anhalt im Herbst 2026 könnten diese Bedrohungen sehr real werden. Das Wahlprogramm der AfD für das Land sieht unter anderem vor, Gender- und Postkolonialstudien abzuschaffen und ein „Institut für Klimapolitik-Folgen" einzurichten, um die Auswirkungen der von den jüngsten Bundes- und Landesregierungen verfolgten „Klimarettungsmaßnahmen" wissenschaftlich zu analysieren, die auf „zweifelhaften Klimastudien" basierten.[1]

Zweitens sind bereits in einigen Ländern, wie beispielsweise in den USA, erhebliche Kürzungen bei Förderprogrammen für Nachhaltigkeitsforschung zu beobachten. Diese Kürzungen treffen nicht nur die akademischen Einrichtungen selbst. Sie schränken auch die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der lokalen Bevölkerung an Klima- und Infrastrukturplanung (Contreras et al., 2026). Auch in Europa lässt sich eine subtilere Verlagerung der Förderung für Nachhaltigkeitsforschung beobachten. So erhält Forschung zu Wettbewerbsfähigkeit, technologischer Innovation und Verteidigung zunehmend Vorrang vor offener Wissenschaft im Bereich der Nachhaltigkeit.[2]

Schließlich fordern sogar etablierte Medien mehr Neutralität in der Wissenschaft. So argumentiert beispielsweise die FAZ: „Normative Überformungen der Wissenschaft befördern die gesellschaftliche Polarisierung und gefährden die Wissenschaftsfreiheit",[3] während „Die Zeit" anmerkt, dass es im Hochschulwesen früher in erster Linie um Exzellenz ging. „Heute steht Sozialpolitik mit auf der Agenda – eine fatale Entwicklung."[4] Was hier als Sozialpolitik bezeichnet wird, sind Bemühungen der Universitäten, Diversität zu fördern und Diskriminierung zu bekämpfen.

Doch wie Kritiker:innen hervorheben, gibt es keine Anzeichen dafür, dass deutsche Hochschulen in den letzten zehn Jahren in internationalen Rankings zurückgefallen sind. Ebenso ist das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wissenschaft, beispielsweise in Deutschland, nach wie vor hoch.[5] Dennoch könnten diese diskreditierenden Diskurse über die Wissenschaft seitens einiger politischer Parteien und der Medien mittelfristig Auswirkungen auf die wissenschaftliche Freiheit haben. Ein Blick auf die USA zeigt, wie solche Äußerungen zu Vorboten einer zunehmend restriktiven Förderpolitik werden können. Schon vor Trumps zweiter Amtszeit, während der Biden-Regierung, mussten Begriffe wie „Diversity, Equity, Inclusion" (DEI) in Forschungsanträgen ausgelassen werden, wenn diese eine Chance auf Förderung haben sollten. Derzeit beobachten wir in den USA sowohl eine erzwungene als auch eine freiwillige Abkehr von DEI-Programmen in Forschungseinrichtungen und Unternehmen.[6] Könnte hier in Deutschland das Genderverbot im Kulturstaatsministerium als ein Vorbote einer solchen Entwicklung gesehen werden?[7] Und erstreckt sich dieser Vorwurf der mangelnden Neutralität auch auf die Nachhaltigkeitsforschung und insbesondere auf die transdisziplinäre Forschung?

[1] https://www.forschung-und-lehre.de/politik/afd-will-niedergang-der-deutschen-wissenschaft-beenden-7639
[2] https://www.forschung-und-lehre.de/politik/2026-sogar-fast-235-milliarden-fuer-das-bmftr-7418
[3] https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/es-gibt-zu-viel-wertsetzung-in-hochschulgesetzen-accg-110851520.html
[4] https://www.zeit.de/wissen/2026-03/deutsche-universitaeten-zustand-exzellenz-wettbewerb-gemeinwohl
[5] https://www.soziales-nachhaltigkeitsbarometer.de/daten
[6] https://www.forbes.com/sites/conormurray/2025/04/11/ibm-reportedly-walks-back-diversity-policies-citing-inherent-tensions-here-are-all-the-companies-rolling-back-dei-programs/
[7] https://www.deutschlandfunk.de/kulturstaatsminister-untersagt-gendersprache-in-dienstschreiben-110.html

Anstatt vorauseilenden Gehorsam zu praktizieren, müssen transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschende unbequeme Fragen stellen:

- Führt der Backlash zu Veränderungen in der Art und Weise, wie Forschende Nachhaltigkeitsforschung kommunizieren, gestalten oder rechtfertigen, und mit welchen Folgen?
- Wie wirkt sich die zunehmende Polarisierung auf die Möglichkeiten des Dialogs und des Wissensaustauschs zwischen Forschenden sowie gesellschaftlichen und politischen Akteuren aus?
- Wie kann die Nachhaltigkeitsforschung Verschiebungen bei politischen Prioritäten und mögliche Kürzungen der Fördermittel antizipieren und darauf reagieren?
- Inwieweit sollten wir die Vermittlung von Forschungsergebnissen und die verwendete Sprache überdenken, um sie zugänglicher zu machen?

4 Ausblick

Der Backlash gegen Nachhaltigkeitstransformationen lässt sich nicht losgelöst vom allgemeinen Backlash gegen demokratische Werte und Praktiken verstehen. Der Widerstand gegen Klima- und Nachhaltigkeitspolitik überschneidet sich zunehmend mit der Schwächung demokratischer Institutionen, der Normalisierung ausgrenzender und autoritärer Narrative, dem schwindenden Vertrauen in öffentliche Institutionen sowie Angriffen auf Pluralismus und evidenzbasierte Politikgestaltung. Obwohl Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen untrennbare – und in der Tat notwendige – Bestandteile einer demokratischen Öffentlichkeit sind, gehen die in diesem Beitrag untersuchten Formen des Backlashs häufig über Kontroversen zu bestimmten politischen Maßnahmen hinaus. Sie stellen die Legitimität von Nachhaltigkeitstransformationen selbst, die demokratischen Prozesse, durch die sie ausgehandelt werden, und zunehmend auch das Wissen und die Institutionen, die sie stützen, in Frage.

Dieser sich wandelnde Kontext stellt die Nachhaltigkeitsforschung vor neue Herausforderungen. Er stellt grundlegende epistemologische und ontologische Annahmen in Frage, die dem wissenschaftlichen Wissen speziell im Bereich der Nachhaltigkeitsforschung zugrunde liegen. Er hinterfragt nicht nur, was wir wissen, sondern auch, wie wir zu diesem Wissen gelangen und wie wir die zu erforschende Realität verstehen. Die Herausforderungen beschränken sich nicht darauf, neue Forschungsfragen zu den Ursprüngen, Formen und Folgen des Backlashs zu identifizieren. Sie betreffen auch die Bedingungen, unter denen Forschung finanziert, durchgeführt, kommuniziert und in gesellschaftliches Handeln umgesetzt wird. Interdisziplinär und transdisziplinär arbeitende Forschende müssen sich in zunehmend polarisierten öffentlichen Debatten, mit sich wandelnden politischen Prioritäten, mit Druck auf die akademische Freiheit und wachsender Feindseligkeit gegenüber Forschung, die als normativ oder transformativ wahrgenommen wird, zurechtfinden. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteuren sowohl wichtiger als auch schwieriger, wenn das Vertrauen schwindet und partizipative Prozesse selbst politisch umstritten werden.

„Backlash“ muss daher sowohl als Forschungsgegenstand als auch als eine Bedingung betrachtet werden, die die Forschungspraxis neu prägt. Dies erfordert von Nachhaltigkeitsforschenden, ihre Rollen, Methoden und Formen des Engagements kritisch zu reflektieren, ohne sich von den normativen Verpflichtungen zu Gerechtigkeit, Demokratie und ökologischer Nachhaltigkeit zurückzuziehen, die einen Großteil des Fachgebiets untermauern. Reaktionen auf Backlash und Rechtsruck haben zudem eine sehr menschliche Dimension: Wir als Forschende müssen Wege finden, uns innerhalb der akademischen Gemeinschaft gegenseitig zu unterstützen – füreinander zu sorgen und insbesondere jene unter uns zu schützen, die aufgrund ihres Hintergrunds oder ihrer Haltung in einem zunehmend feindseligen Umfeld besonders gefährdet sein könnten. Gleichzeitig brauchen wir Verbündete, Netzwerke und Kommunikationswege, die uns helfen, mit der breiten Öffentlichkeit in Verbindung zu bleiben, Perspektiven außerhalb der Wissenschaft anzuhören und sicherzustellen, dass unser Denken in den breiteren gesellschaftlichen Realitäten verankert bleibt. Die Herausforderung ist zweifach: die Nachhaltigkeitsforschung resilienter gegen politischen Druck zu machen und sicherzustellen, dass sie wissenschaftlich fundiert und gesellschaftlich relevant in der Lage bleibt, eine nachhaltige und demokratische Transformation unter zunehmend widrigen Bedingungen zu unterstützen.

Literaturverzeichnis

Academic Freedom Index. (2026). Academic Freedom Index. https://academic-freedom-index.net/

Angeli, O. (2026). Affektive Polarisierung verringern: Strategien, Befunde und Grenzen. MIDEM - Policy Paper 2026 -1. https://tud.qucosa.de/landing-page/?tx_dlf[id]=https%3A%2F%2Ftud.qucosa.de%2Fapi%2Fqucosa%253A105160%2FmetsName

Ansell, C., & Gash, A. (2008). Collaborative governance in theory and practice. Journal of public administration research and theory, 18(4), 543–571. https://doi.org/10.1093/jopart/mum032

Bosetti, V., Colantone, I., De Vries, C. E., & Musto, G. (2025). Green backlash and right-wing populism. Nature Climate Change, 15(8), 822–828. https://doi.org/10.1038/s41558-025-02384-0

Brand, U. (2016). "Transformation" as a New Critical Orthodoxy: The Strategic Use of the Term "Transformation" Does Not Prevent Multiple Crises. GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society, 25(1), 23–27. https://doi.org/10.14512/gaia.25.1.7

Brulle, R. J., & Roberts, J. T. (2024). Introduction**:** The First Portrait of Climate Obstruction across Europe**.** In: Brulle, R. J., Roberts, J. T., & Spencer, M. C. (Hrsg.). (2024). Climate Obstruction across Europe. (pp. 1-25), Oxford University Press. https://doi.org/10.1093/oso/9780197762042.003.0001

Caiani, M., & Lubarda, B. (2024). Conditional environmentalism of right-wing populism in power: Ideology and/or opportunities? Environmental Politics, 33(4), 591–611. https://doi.org/10.1080/09644016.2023.2242749

Contreras, S., Cannon, C. E. B., & Barajas, J. M. (2026). Beyond research delays: Science funding disruptions limit community participation in climate and infrastructure planning. Npj Urban Sustainability, 6(1), 71. https://doi.org/10.1038/s42949-026-00374-5

Corner, A., Markowitz, E., & Pidgeon, N. (2014). Public engagement with climate change: The role of human values. WIREs Climate Change, 5(3), 411–422. https://doi.org/10.1002/wcc.269

Douenne, T., & Fabre, A. (2022). Yellow vests, pessimistic beliefs, and carbon tax aversion. American Economic Journal: Economic Policy, 14(1), 81–110. https://doi.org/10.1257/pol.20200092

Druckman, J. N., & McGrath, M. C. (2019). The evidence for motivated reasoning in climate change preference formation. Nature Climate Change, 9(2), 111–119. https://doi.org/10.1038/s41558-018-0360-1

Ettinger, A., & Collins, A. M. (2025). Trumpism and the rejection of global climate governance. https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/00471178231153555

Eversberg, D., Fritz, M., Von Faber, L., & Schmelzer, M. (2024). Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt: Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation. Campus Verlag. https://doi.org/10.12907/978-3-593-45973-8

Haas, T., Sander, H., Fünfgeld, A., & Mey, F. (2025). Climate obstruction at work: Right-wing populism and the German heating law. Energy Research & Social Science, 123, 104034. https://doi.org/10.1016/j.erss.2025.104034

Hielscher, S., Wittmayer, J. M., Progscha, S., Wientjes, A., & Sharp, H. (2025). Speeding-up wind energy developments: Exploring notions of acceleration and justice in regions within Germany and the Netherlands. Energy Research & Social Science, 119, 103909. https://doi.org/10.1016/j.erss.2024.103909

Jenkins, K., McCauley, D., & Forman, A. (2017). Energy justice: A policy approach. Energy Policy, 105, 631–634. https://doi.org/10.1016/j.enpol.2017.01.052

Kahan, D. M. (2015). Climate-Science Communication and the Measurement Problem. Political Psychology, 36(S1), 1–43. https://doi.org/10.1111/pops.12244

Knauf, J. (2022). Can't buy me acceptance? Financial benefits for wind energy projects in Germany. Energy Policy, 165, 112924. https://doi.org/10.1016/j.enpol.2022.112924

Kohler, M., Fischer, L., Höfer, R., & Kremer, B. (2025). Polarisierung in Deutschland: Erkenntnisse aus dem Wissenschaftsbarometer 2025. Berlin: Wissenschaft im Dialog gGmbH. https://wissenschaft-im-dialog.de/documents/531/Backgroundpaper_Polarisation_final.pdf https://www.wissenschaftsbarometer.de

Kumkar, N. C. (2024). Das Böse dahinter: Verschwörungstheorie, Populismus und die Kommunikation affektiver Polarisierung. ZTS Zeitschrift für Theoretische Soziologie, (1), 114–140. https://doi.org/10.3262/ZTS2401114

Lamb, W. F., & Mattila, M. J. (2025). Intent in climate delay discourses. Global Sustainability, 8, e44. https://doi.org/10.1017/sus.2025.10031

Lamb, W. F., Mattioli, G., Levi, S., Roberts, J. T., Capstick, S., Creutzig, F., Minx, J. C., Müller-Hansen, F., Culhane, T., & Steinberger, J. K. (2020). Discourses of climate delay. Global Sustainability, 3, e17. https://doi.org/10.1017/sus.2020.13

Lindvall, D. (2023). Why municipalities reject wind power: A study on municipal acceptance and rejection of wind power instalments in Sweden. Energy Policy, 180, 113664. https://doi.org/10.1016/j.enpol.2023.113664

Lockwood, B., & Lockwood, M. (2022). How Do Right-Wing Populist Parties Influence Climate and Renewable Energy Policies? Evidence from OECD Countries. Global Environmental Politics, 22(3), 12–37. https://doi.org/10.1162/glep_a_00659

Markard, J., Geels, F. W., & Raven, R. (2020). Challenges in the acceleration of sustainability transitions. Environmental Research Letters, 15(8), 081001. https://doi.org/10.1088/1748-9326/ab9468

Mason, L. (2016). A Cross-Cutting Calm: How Social Sorting Drives Affective Polarization. Public Opinion Quarterly, 80(S1), 351–377. https://doi.org/10.1093/poq/nfw001

Mau, S., Westheuser, L., & Lux, T. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft| Warum Gendersternchen und Lastenfahrräder so viele Menschen triggern. Suhrkamp.

Mey, F., Ebersbach, B., Holstenkamp, L., Kriel, C., Meese, L., Rokitta, L.-M., Neumann, I., Bätjer, S., Habersbrunner, K., & Pimentel, N. (2025). BePart–Zur Wirkung von Beteiligung in der Energiewende. https://publications.rifs-potsdam.de/rest/items/item_6004687_1/component/file_6004688/content

Milani, C. R. S., Pinto, J. B., & Facini, A. V. (2026). Climate obstruction in Brazil under the Bolsonaro administration: Building empirical and conceptual blocks. Climate and Development, 18(8), 879–892. https://doi.org/10.1080/17565529.2025.2551952

Möllers, C., Lenz, M., & Weinberg, N. (2026). Autoritäre Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit. Wallstein Verlag.

Moser, S. C. (2016). Reflections on climate change communication research and practice in the second decade of the 21st century: What more is there to say? WIREs Climate Change, 7(3), 345–369. https://doi.org/10.1002/wcc.403

Newell, P. J., Geels, F. W., & Sovacool, B. K. (2022). Navigating tensions between rapid and just low-carbon transitions. Environmental Research Letters, 17(4), 041006. https://doi.org/10.1088/1748-9326/ac622a

Newig, J., Jahn, S., Lang, D. J., Kahle, J., & Bergmann, M. (2019). Linking modes of research to their scientific and societal outcomes. Evidence from 81 sustainability-oriented research projects. Environmental Science & Policy, 101, 147–155. https://doi.org/10.1016/j.envsci.2019.08.008

Patterson, J. J. (2023). Backlash to Climate Policy. Global Environmental Politics, 23(1), 68–90. https://doi.org/10.1162/glep_a_00684

Reusswig, F., Küpper, B., & Eden, M. (2025). Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit als Gegenstand populistischer Instrumentalisierung. In: Zick, A., Küpper, B., Mokros, N., & Eden, M. (Hrsg.) (2025). Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Bonn: Dietz: 226 - 253. https://pub.uni-bielefeld.de/record/3011707

Schlosberg, D. (2012). Justice, Ecological Integrity, and Climate Change. Ethical Adaptation to Climate Change. https://doi.org/10.7551/mitpress/9074.003.0012

Siegmann, A. (2024). The farmers' revolt in the Netherlands: Causes and consequences. https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/17816858241288396

Skjølsvold, T. M., & Coenen, L. (2021). Are rapid and inclusive energy and climate transitions oxymorons? Towards principles of responsible acceleration. Energy Research & Social Science, 79, 102164. https://doi.org/10.1016/j.erss.2021.102164

Sovacool, B. K., Devine-Wright, P., Mander, S., Rowley, J., & Ryder, S. (2025). Realising a locally-embedded just transition: Sense of place, lived experience, and social perceptions of industrial decarbonisation in the United Kingdom. Global Environmental Change, 94, 103051. https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2025.103051

Torcal, M., & Harteveld, E. (Hrsg.) (2024). Handbook of Affective Polarization. Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing. https://doi.org/10.4337/9781035310609

Vorländer, H., Herold, M., Hormig, F., & Otteni, C. (2025). Political Polarization in Germany 2025. Polarization Barometer. Mercator Forum Migration and Democracy (MIDEM), Dresden. https://forum-midem.de/political-polarization-in-germany-2025/

Zick, A. (2025). Demokratie am Kipppunkt - Verschiebung in der Mitte und die Normalisierung des Rechtsextremismus - eine Hinführung zur Mitte-Studie 2024/25. In: Zick, A., Küpper, B., Mokros, N., & Eden, M. (Hrsg.) (2025). Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. S.19-38. https://www.fes.de/mitte-studie

Zick, A., Küpper, B., Mokros, N., & Eden, M. (Hrsg.) (2025). Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. https://www.fes.de/mitte-studie

Autor:innen

Dr. Julia Plessing

Julia Plessing ist seit April 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin am RIFS und aktuell in der Forschungsgruppe „Demokratisches Regieren und Handeln“ tätig. Julia forscht zu den Zusammenhängen von Bürgerbeteiligung und Demokratie, Governance von kommunalen Transformationsprozessen, Auswirkungen des Rechtsrucks auf Nachhaltigkeitstransformationen sowie zu transdisziplinärer Wissensproduktion.

Dr. Germán Bersalli

Dr. Germán Bersalli kam im Oktober 2019 ans RIFS und ist dort derzeit als Senior wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Seine Forschung untersucht das Zusammenspiel zwischen den soziopolitischen und technoökonomischen Dimensionen von Nachhaltigkeitstransformationen hin zu emissionsfreien Systemen. Aus einer interdisziplinären Perspektive analysiert und bewertet er klima- und energiepolitische Maßnahmen in verschiedenen Sektoren, insbesondere im Strom- und Wärmebereich, mit einem geografischen Schwerpunkt auf Europa und Lateinamerika.

Dr. Franziska Mey

Franziska Mey arbeitet seit Juni 2020 am RIFS und leitet seit 2023 die Forschungsgruppe Demokratisches Handeln und Regieren, die sich mit sozial-politischen Fragestellungen und gesellschaftlichen Dynamiken im Rahmen der Nachhaltigkeitstransformation beschäftigt. Im Fokus ihrer Arbeit stehen Governance- und Policy-Analysen, insbesondere Beteiligungsprozesse, Konflikte und die soziale Akzeptanz in der Energiesystemtransformation.

Am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) werden Entwicklungspfade für die globale Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft erforscht, aufgezeigt und unterstützt. Das Institut ist an das GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung angebunden und damit Teil der Helmholtz-Gemeinschaft. Der Forschungsansatz ist transdisziplinär, transformativ und ko-kreativ: Das RIFS kooperiert mit Partnern aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft um die Probleme nachhaltiger Entwicklung zu verstehen, geeignete Lösungen zu finden und diese gemeinsam mit den relevanten Akteuren und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern umzusetzen. Zentrale Forschungsthemen sind unter anderem die Energiewende, Klimawandel und soziotechnischer Wandel, aber auch Fragen der nachhaltigen Governance und Partizipation. Ein starkes nationales und internationales Netzwerk verbunden mit einem Fellow-Programm unterstützen das Institut.

RIFS Discussion Paper

Oktober 2026

Kontakt:
Dr. Julia Plessing: julia.plessing@rifs-potsdam.de
Dr. Germán Bersalli: german.bersalli@rifs-potsdam.de
Dr. Franziska Mey: franziska.mey@rifs-potsdam.de

Adresse:
Berliner Straße 130
14467 Potsdam
T: +49 (0) 331–28822–340
media@rifs-potsdam.de
www.rifs-potsdam.de

ViSdP:
Prof. Dr. Doris Fuchs,
Wissenschaftliche Direktorin, Sprecherin

Redaktion:
Dr. Bianca Schröder

DOI: 10.48481/rifs.2026.030

CC BY SA

GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung

HELMHOLTZ